

**Bericht vom bundesweiten Treffen der (Landes-) Bündnisse und Initiativen
Gegen die neuen Polizeigesetze, Staatstrojaner, Videoüberwachung,
Versammlungsrechtsverschärfungen sowie für die Freiheits- und Grundrechte
30. September 2018 in Hannover**

Am **30. September 2018** trafen sich in Hannover rund 50 Personen aus vielen Bundesländern, die dort in den jeweiligen Bündnissen gegen die Verschärfungen der Polizeigesetze oder auch in anderen Initiativen für Freiheits- und Grundrechte aktiv sind. Eine erste Vernetzung dieser verschiedenen Bündnisse und Aktiven hatte im Sommer mithilfe bundesweiter Telefonkonferenzen begonnen. Dort war der Wunsch nach einem realen Tagestreffen entstanden. Das Treffen diente dem Austausch von Erfahrungen und Perspektiven. Es sollte ausdrücklich nicht einer weiteren Bündnisbildung dienen.

Der politische Hintergrund für den Wunsch nach einem solchen Austausch und Vernetzung war, dass in fast allen Bundesländern neue Polizei (Aufgaben) Gesetze, Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, eine Ausweitung von Überwachung (ob über Staatstrojaner, Videoüberwachung) u.v.m. auf den Weg gebracht werden. Gleichzeitig erleben wir, dass sich breite, aktive und lebendige Bündnisse gegen diese Polizeigesetze und für die Freiheits- und Grundrechte bilden. Spätestens seit dem Frühsommer wird in der Republikweit gegen diese massiven Einschränkungen demonstriert, darüber geredet und gestritten, werden Anhörungen erzwungen, Klagen eingereicht, parlamentarische Initiativen verschoben.

All dies macht auch Mut! Denn klar ist, es geht um viel und es tut sich was. Und es zeigt, es ist wichtig, sich über Ländergrenzen und konkrete Gesetzesvorhaben hinaus auszutauschen und über mögliche politische, gemeinsame, mittelfristige Perspektiven zu beraten. Denn auch wenn wir an bzw. gegen sehr konkrete Landesgesetze und deren Verabschiedung arbeiten - uns verbindet vieles. Nicht nur das Anliegen, die bundespolitische Bedeutung (Mustergesetz) und die weiteren bundespolitische Vorhaben, sondern auch die Erfahrung, dass die Auseinandersetzung schwierig ist und bleiben wird.

An diesem Treffen am 30.9.2018 nahmen Aktive aus den verschiedenen Bündnissen und Initiativen aus Bayern, NRW, Niedersachsen, Sachsen, Berlin, Sachsen Anhalt, Brandenburg, Bremen und Hamburg teil. Vertreten waren ebenso einige bundesweite (Bürgerrechts-) Organisationen wie Digitalcourage e. V., das Komitee für Grundrechte und Demokratie, die Humanistische Union, der RAV, CILIP, Freiheit statt Sicherheit, MLPD + bundesweite Montagsdemo, DIDF, die Föderation demokratischer Arbeitervereine und die Kontaktstelle soziale Bewegungen der BT Fraktion DIE LINKE.

Gemeinsam haben wir uns im Laufe des Tages entlang vier verschiedener Aufgabenstellungen oder Fragen ausgetauscht:

- a) Wir wollten uns einen gemeinsamen Eindruck von den geplanten gesetzlichen und politischen Vorhaben in Sachen Polizeigesetze, Innere Sicherheit, Überwachung usw. verschaffen und diskutieren, was diese bedeuten (siehe im Anhang ausführlicher S. 3 ff).
- b) Wir wollten uns gegenseitig über den Stand der jeweiligen Bündnisse, der Zusammensetzung, Vorhaben und politischen Perspektiven informieren (siehe im Anhang ausführlicher, S. 3 ff)).
- c) Politisch austauschen wollten wir uns darüber, was die aktuellen Verschärfungen im Feld „Innerer Sicherheit“ bedeuten und in welchem Kontext diese stattfinden, und wichtiger, wie der Protest, ein Dagegenhalten, Widerstand gedacht werden kann, um diese politische Entwicklung zu stoppen oder Einhalt zu gebieten? Macht es Sinn, bundesweite Initiativen anzustoßen, welche gibt es bereits oder stehen in einem ähnlichen Kontext, sollen und können wir eine Basis dafür schaffen? Was ist also auch über Ländergrenzen hinweg möglich, schon in Planung und/oder was könnte die Basis für größere, bundesweite Mobilisierungen, Kampagnen, Aktionen sein.
- d) Und abschließend haben wir darüber beraten, ob und wie eine weitere Zusammenarbeit aussehen kann und wie diese koordiniert werden kann.

Insgesamt lässt sich festhalten: Das Treffen war wichtig, nicht nur weil wir uns und unsere jeweilige Arbeit kennengelernt haben, sondern auch weil die lebendigen Diskussionen am 30.9. von der Bedeutung dieser aktuellen neuen „Bürgerrechtsbewegung“ wie auch der Gesamtentwicklung hin zu einer autoritärer werdenden Gesellschaft und damit verbundene Repressionen zeugen.

Für die Zukunft halten wir (als zivilgesellschaftliche Bewegung) es für wichtig, die Deutungshoheit über das „Sicherheitsnarrativ“ oder gegen den „Sicherheitspopulismus“ zurück zu gewinnen sowie die Begriffe

„drohende“ und „terroristische Gefahr“ zu kommentieren. Auch können rechtliche Schritte gegen die Polizeigesetze notwendig und politisch sinnvoll sein.

Ein paar einzelne „Ergebnisse“, die es lohnt im Blick zu behalten:

- ⇒ Besorgniserregend sind die aktuellen Entwicklungen in Bayern, in der das neue Polizeiaufgabengesetz schon in Kraft ist: Eine Anfrage der Grünen im Landtag Bayern hat ergeben, dass seit dem das PAG in Kraft ist, 14 Menschen von der sogenannten „Unendlichkeitshaft“ betroffen waren/sind. Bei allen 14 Personen handelt es sich um Geflüchtete.
- ⇒ Die jeweiligen Bündnisse funktionieren zum Teil sehr unterschiedlich, gemeinsam ist ihnen, dass sie sehr „fragil“ sind. Die Frage, ob die Bündnisse eng fokussiert an den jeweiligen Polizeigesetzen arbeiten sollten oder ob man das Themenspektrum erweitern sollte, lässt sich nicht generell sondern nur konkret beantworten. Vieles spricht dafür, dass die Auseinandersetzung mit den Polizeigesetzen möglicherweise genutzt werden kann, um weitere „bürgerrechtliche“ Themen anzusprechen (Polizeigesetze sind *ein* anschauliches, Beispiel für Einschränkung von Bürger*innenrechte) oder Verknüpfungen zu anderen Themenfeldern und Bewegungen herzustellen (z.B. zu antirassistischen Bewegung wie in Bayern).
Dennoch muss vor Ort entschieden werden, da die z.T. sehr breiten Bündnisse daran zerbrechen können. Wenn ein Bündnis sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner („Feind“), in unseren Fällen, die Novellierung der Polizeigesetze, einigen kann, dann engagieren sich mitunter Gruppen aus der Zivilgesellschaft, wie Fußballfangruppen.
- ⇒ Produktiv wäre es, diese Frage als nicht abgeschlossen zu behandeln, sondern in politische Debatten zu „überführen“ und als Chance auf Politisierung des Themas zu denken, z.B. im Rahmen von Veranstaltungen oder von einigen Bündnispartner/innen aktiv als politische Debatte mit anderen Akteuren um Fragen von Kontext, Perspektive.
- ⇒ Im Verlauf der Diskussion wurde außerdem deutlich, dass gute Presse- und Mobilisierungsarbeit für den Erfolg der Demonstrationen maßgeblich sind. Die Nutzung von Social Media-Kanälen scheint sinnvoll. Z.B. könne Jugendliche mit Kurzvideos bei „Youtube“ viel besser ansprechen, als über herkömmliches Print-Material.

Wie kann unsere weitere Zusammenarbeit aussehen?

- ⇒ Das Treffen hat gezeigt, es gibt einen **hohen Bedarf an Austausch** über die jeweilige Arbeit und den Stand der Dinge, aber auch nach gegenseitiger Unterstützung für die „eigenen“ Initiativen wie auch nach Diskussion um den politischen Kontext und mögliche bundesweite Initiativen, die in das „Sicherheitsnarrativ“ eingreifen lassen. Dennoch wäre ein „Bündnis“, die Formierung eines klaren Akteurs an dieser Stelle falsch, sind es doch vorrangig (Landes) Bündnisse die hier zusammen kommen.
Dies heißt umgekehrt aber nicht, dass nicht Vorschläge „größerer bundesweiter Initiativen“ diskutiert und eingebracht werden können (wie z.B. Proteste gegen die IMK in Magdeburg oder ein gemeinsamer „Block“ auf der #unteilbar Demonstration am 13.10.). Wichtig ist nur klar zu haben, diese Vernetzung ruft nicht gemeinsam auf oder organisiert eine gemeinsame Aktivität, sondern gibt den Raum, dass sich die jeweiligen Initiativen zusammenschließen und aktiv werden können.

Nicht nur dafür sondern auch für den klaren Austausch braucht es weiterhin die Möglichkeit, sich aktiv austauschen zu können. Dafür sollen weiterhin **monatliche Telefonkonferenzen** sowie in **ca. halbjährlicher Folge physische Treffen** stattfinden. Darüber hinaus sollte die **gemeinsame Mailingliste** mehr genutzt werden für die gegenseitige Information über und Ankündigung von Aktivitäten, Texten, Treffen.

- ⇒ Eine weitere Möglichkeit wieder (informell) **zusammenzukommen, ist die von CILIP** (Zeitschrift Bürgerrechte und Polizei) veranstaltete Tagung am 7./8.12. in Berlin aus Anlass ihres 40. Jahrestages zum Thema „Innere Sicherheit & Soziale Bewegungen“ (siehe auch <https://www.cilip.de/2018/10/12/konferenz-40-jahre-cilip/>).